

für den Sozial-, Schul- und Kultur-  
ausschuss  
-nichtöffentlich-

für den Kreistag  
-öffentlich-



**Regionale Schulentwicklung für die beruflichen Schulen des Landkreises Reutlingen  
- Kleinklassen an den beruflichen Schulen des Landkreises Reutlingen  
- Konzeption zur Verteilung der Berufsfelder**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Kleinklassen Medientechnologe Druck an der Kerschensteinerschule Reutlingen und Industriemechaniker an der Beruflichen Schule Münsingen werden mit Ablauf des Schuljahres 2017/2018 aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig mit Vertretern des Kreistags eine AG Schulentwicklung einzurichten mit dem Ziel, in dem in Ziffer 2.2 dargestellten gestuften Prozess langfristig tragfähige und aufeinander abgestimmte Bildungsangebote in den 4 beruflichen Schulen zu erarbeiten und dem Kreistag zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

**Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:**

Im Rahmen der weiteren Entwicklung zu untersuchen.

**Sachdarstellung/Begründung:**

**I. Kurzfassung**

In der Sitzung des Kreistags am 21.03.2018 wurde zur regionalen Schulentwicklung für die beruflichen Schulen des Landkreises Reutlingen eine öffentliche Anhörung durchgeführt. In der Sitzung wurden die jeweiligen Positionen durch Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Schulleitungen der beruflichen Schulen des Landkreises und des Regierungspräsidiums Tübingen erläutert. In der KT-Drucksache Nr. IX-0495 waren die Ausgangslage und die Grundsätze für Konzeptionen ausgeführt und ausführlich zum Sachstand und den Alternativen insbesondere für die Beschulung der Berufsfelder Kfz und Metall dargestellt worden.

In der öffentlichen Anhörung wurden zum Teil weit auseinanderliegende Positionen deutlich, sodass für das weitere Vorgehen neben den Leitgedanken für die Schulentwicklung weitere Kriterien und die nächsten Verfahrensschritte zu definieren sind.

## II. Ausführliche Sachdarstellung

### 1. Zusammenfassung der öffentlichen Anhörung

- 1.1 Sowohl die Rückmeldungen nach der zweiten Landkreiskonferenz vom 16.11.2017 (Anlagen 5 und 6 zur KT-Drucksache Nr. IX-0495) als auch die in der Sitzung des Kreistags am 21.03.2018 vorgetragene Stellungnahmen und die Position der Verwaltung des Landkreises betrachten verschiedene Bereiche der Schulentwicklung und liegen zum Teil deutlich auseinander. Auf die Stellungnahmen zur Kleinklasse beim Beruf Fliesenleger an der Kerschensteinerschule Reutlingen wird hier nicht weiter eingegangen, da durch die gemeinsame Beschulung der Fachstufen 1 und 2 die Mindestschülerzahl ab dem kommenden Schuljahr 2018/2019 wieder erreicht wird und so die Aufhebung des Bildungsganges vermieden werden kann.
- 1.2 Die **Industrie- und Handelskammer**, vertreten durch Frau Petra Brenner, berichtet von einer Umfrage bei den Ausbildungsbetrieben. Im Ergebnis sprechen sich die größeren Betriebe eher für eine Zentralisierung der Angebote, die kleineren Betriebe eher für eine wohnortnahe Beschulung aus, um die Attraktivität des Ausbildungsplatzes durch eine gute Erreichbarkeit der Berufsschule zu erhöhen. Eine Zentralisierung führe eher zu größeren Klassen und damit einer homogeneren Zusammensetzung der Klassen. Andererseits legen die Betriebe Wert auf den Kontakt und kurzen Weg zur Schule, auch und gerade im ländlichen Raum. Thematisiert wird auch die aus dortiger Sicht nicht immer optimale Anbindung der Wohnorte im ländlichen Raum an den öffentlichen Nahverkehr und die damit verbundenen Probleme, zentrale und damit ggf. weiter entfernte Schulstandorte zu erreichen, insbesondere für minderjährige Schüler. Die Industrie- und Handelskammer sieht auch das Problem der Lehrgewinnung für gewerblich technische Berufe und hebt hervor, dass die Sachausstattungen an den beruflichen Schulen, insbesondere durch die Digitalisierung oder im Bereich Industrie 4.0, bei einer Zentralisierung des Angebots eher wirtschaftlich sind.
- 1.3 Die **Handwerkskammer**, vertreten durch Herrn Rainer Neth, spricht sich für eine wohnort- und betriebsnahe Beschulung mit max. 1 Stunde Fahrzeit zum Schulstandort aus. Nach Auffassung der Handwerkskammer darf das Angebot der beruflichen Schulen in der Fläche nicht ausgedünnt werden. Berufe mit älteren und leistungsstärkeren Schülern könnten eher zentralisiert werden. Die Handwerkskammer sieht keine Notwendigkeit, am Status quo der Verteilung des Berufsfelds Kfz-Technik auf 2 Standorte mit einer aus Sicht der Handwerkskammer sehr guten Beschulung Änderungen vorzunehmen. Die Trennung von Metall und Elektrotechnik einerseits und der Kfz-Technik andererseits wird aus Gründen der Ausbildungsqualität sehr kritisch gesehen. Diese Angebote müssten für eine zukunfts-trächtige Ausbildung zusammen an den Standorten unterrichtet werden. Dem müsse bei der Schaffung von Kompetenzzentren Rechnung getragen werden.
- 1.4 Die **Schulleitungen** der beruflichen Schulen des Landkreises, vertreten durch den geschäftsführenden Schulleiter Herrn Oberstudiendirektor Horst Kern, begrüßen das Bekenntnis zu den 4 Standorten. Man wolle eine gute Lösung für die Schüler, das heißt eine gute und hochwertige Ausbildung und Beschulung, und das wohnort- und betriebsnah. Es gehe um den Themenbereich Kleinklassen mit den gesetzlichen Vorgaben und dem Vorgehen zu Kompetenzzentren mit Gestaltungsspielraum. Bei einer Aufhebung der Kleinklasse Industriemechaniker in Münsingen müsse trotzdem die Werkstatt saniert werden, da für diesen Beruf 9 Werkstattstunden belegt werden und dann immer noch von den Berufsfachschulen im Berufsfeld Metall weitere 60 Stunden belegt werden.

Als Alternative zur derzeitigen Beschulung der gewerblichen Berufe an 3 Standorten wird ein neuer Standort für ein gewerbliches Schulzentrum oder alternativ 2 Standorte für die Beschulung der gewerblichen Berufe gesehen, um Kompetenzzentren zu schaffen. Man werde aus Sicht der Schulleiter mittelfristig nicht ohne einen Neubau auskommen, da eine Umstrukturierung im laufenden Betrieb nicht vorstellbar sei. Alle 4 Standorte sollten dabei aber erhalten bleiben. Außerdem wird eine Perspektive für den Standort Münsingen gefordert. Eine Neuordnung der Standorte der Kfz- und Metallberufe wird kritisch gesehen.

1.5 Das **Regierungspräsidium Tübingen**, vertreten durch Herrn Abteilungsdirektor Dieter Renner, stellt die Ziele aus der Rechtsverordnung des Kultusministeriums zur regionalen Schulentwicklung an beruflichen Schulen dar. Zum einen die Kriterien zur Aufhebung von Kleinklassen, aber auch die darüber hinausgehenden Gesichtspunkte. Die Kleinklassen seien dabei ein Teilaspekt, bei denen das Regierungspräsidium selbst Handlungsmöglichkeiten habe.

- Die Schülerzahlen bei der Kfz-Technik in Metzingen würden keineswegs stabil über der Mindestschülerzahl liegen.
- Der Gestaltungsspielraum des Schulträgers sollte mit Blick auf eine 10-jährige Entwicklung genutzt werden. Dabei sollten neben den gewerblichen Berufsfeldern alle Bereiche berücksichtigt werden, vor allem alle Vollzeit- und Teilzeitschularten, die im Landkreis Reutlingen mehrfach angeboten werden.
- Bei mehrfachen Angeboten im Landkreis könne der Schulträger gestalten. Aus Sicht des Regierungspräsidiums sollte das Ziel ein ausführlich diskutiertes Gesamtkonzept sein.
- Das Regierungspräsidium würde den Vorschlag der Verwaltung zur Neuordnung der Kfz- und Metallberufe unterstützen.
- Herr Renner erläutert, dass bei einer Zentralisierung der gewerblichen Schulen die größte Schule in Baden-Württemberg mit 4.500 Schülern entstehen würde. Ein so großes Gebilde müsse man sich gut überlegen und die Chance und Risiken sorgsam abwägen.
- Herr Renner sieht die Notwendigkeit, die kaufmännischen Bildungsangebote in den Blick zu nehmen, und hier auch den Teilzeitbereich. Zum Beispiel sei die Verlagerung der Berufsschulklassen für Großhändler von Reutlingen nach Bad Urach zur Stärkung des Standorts am Widerstand der Betriebe gescheitert. Es brauche daher die politische Kraft, um die Stärkung der kleinen Standorte durchzusetzen.
- Das Regierungspräsidium plädiere dafür, Entscheidungen erst zu treffen, wenn man für jeden Standort ein Gesamtmodell habe und für jeden Bildungsgang im Gewerbe und über das Gewerbe hinaus.

1.6 Die Rückmeldungen zeigen die Zielkonflikte zwischen zentralen Angeboten und einer Dezentralität mit wohnortnahen Angeboten deutlich auf. Ebenso deutlich wird, dass je nach Blickwinkel und Schwerpunktsetzung unterschiedliche Lösungsansätze favorisiert werden. Aus Sicht der Verwaltung besteht die Notwendigkeit, in eine umfassende Betrachtung mit einer Perspektive der Angebote in 5 und 10 Jahren einzutreten.

## 2. Was heißt das für das weitere Vorgehen?

2.1 Die Ergebnisse der Landkreiskonferenzen sowie der öffentlichen Anhörung im Kreistag unterstreichen, dass auf die Entwicklungen in der Arbeitswelt, Stichworte Digitalisierung und Industrie 4.0 und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Ausbildungen, auf den Investitionsbedarf der Gebäude für Sanierungen, auf die steigenden und sich ändernden Anforderungen an die Ausbildungen ebenso wie auf die Frage der Attraktivität der Schulstandorte für Schüler und Lehrer, die unter-

schiedliche Attraktivität der Ausbildungen und letztlich die demografische Entwicklung zukunftsfähige Antworten gefunden werden müssen.

Dieser Prozess ist ergebnisoffen zu gestalten mit einer tief gehenden Prüfung, ob die bestehenden Angebote und Strukturen passen oder neue Strukturen bezüglich der Verteilung der Bildungsangebote auf die Schulen und Standorte, der Organisationsform der Schulen oder der Gebäude geschaffen werden müssen.

2.2 Die Verwaltung wird in einem ersten Schritt in enger Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Tübingen die Alternativen für die Schulentwicklung, in erster Priorität der gewerblichen Berufe, im Landkreis Reutlingen auf der Grundlage des Ist-Zustandes und einer Schwächen-Stärken-Analyse umfassend prüfen. Begleitend soll nach den Beispielen der Arbeitsgruppe (AG) Abfall und der AG Kultur eine AG Schulentwicklung eingerichtet werden, die den Prozess unterstützt und den Soll-Zustand definiert. Die Vorschläge sollen dann wieder in einer Landkreiskonferenz der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Schulleitungen und den Vertretern der Standortkommunen vorgestellt und diskutiert werden. Anschließend werden die Ergebnisse in die Kreisgremien eingebracht.

2.3 Bei der Untersuchung der Alternativen sind unter anderem folgende Punkte konkret zu bewerten:

- Die Entwicklung der Schülerzahlen.
- Die absehbaren und zukünftigen Anforderungen der Betriebe.
- Die Verteilung der Schülerzahlen auf die Standorte in den Alternativen.
- Die Darstellung des Einzugsbereichs der Wohnorte der Schüler und der Ausbildungsbetriebe für die Berufsfelder.
- Die Fragen zur Lehrerversorgung an den Standorten mit dem Regierungspräsidium Tübingen.
- Die notwendigen Investitionen in die künftige Ausstattung, unter anderem zu den Themen Digitalisierung, Industrie 4.0 oder Handwerk 4.0.
- Die Ermittlung des eventuellen Sanierungsbedarfs der Bestandsgebäude.

Für die Schülerzahlenprognose wurde das Regierungspräsidium Tübingen gebeten, für alle beruflichen Schulen des Landkreises Reutlingen zuerst den Teil der Raumprogramme zu erstellen, mit dem je Klasse eine 10-jährige Prognose erstellt wird. Die aktuelle Schulstatistik wird für die vorberatende Sitzung des Sozial-, Schul- und Kulturausschusses als Anlage zu dieser KT-Drucksache nachgereicht.

Parallel dazu wird mit Unterstützung der Kfw-Bankengruppe der Sanierungsbedarf, insbesondere im energetischen Bereich, für die Gebäude des Beruflichen Schulzentrums Reutlingen festgestellt, diese Vorgehensweise soll auf die anderen Standorte übertragen werden.

### **3. Grundsätze der Schulentwicklung**

Die Verwaltung lässt sich für das weitere Vorgehen von folgenden Gesichtspunkten leiten:

- Oberstes Ziel bleibt es, im städtischen wie im ländlichen Raum qualitativ bestmögliche Bildungsangebote dauerhaft zu sichern.
- Die 4 Schulstandorte sollen erhalten bleiben. Insbesondere für die kleinste Schule des Landkreises, die Berufliche Schule Münsingen, ist ein Gesamtkonzept zum Erhalt des Standortes zu entwickeln. Dabei ist zu untersuchen, welche Berufsfelder mittel-

und langfristig in welcher Organisationsform an diesem Standort gehalten werden können.

- Die Planungen orientieren sich grundsätzlich an den bestehenden Standorten und den dort zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.
- Langfristig sind tragfähige Lösungen wichtig, die allen Beteiligten Planungssicherheit geben und die Attraktivität der Schulstandorte erhalten.
- In den einzelnen Schulen sind die Schulangebote auf den Prüfstand zu stellen mit dem Ziel, dort wo es sinnvoll ist, Doppelstrukturen zu vermeiden.
- Dies auch als Grundlage dafür, die Ausstattung, die Finanzierung und eine ausreichende Lehrerversorgung langfristig zu sichern.
- Für die Planungen werden der voraussichtliche Ausstattungsbedarf und die Kosten für die Sanierung von Schulgebäuden oder evtl. Neubauten erhoben. Dabei werden Neubauten oder Sanierungen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verglichen.
- Vorrangig wird ein Konzept für die Beschulung der gewerblichen Berufe entwickelt. Dabei werden alle weiteren Bildungsgänge in Teilzeit und Vollzeit an allen Standorten betrachtet.

#### **4. Kleinklassen**

Aktuell sind Entscheidungen zu den Kleinklassen Medientechnologie Druck an der Kerschensteinerschule und Industriemechaniker an der Beruflichen Schule Münsingen zu treffen.

Beim Ausbildungsgang Medientechnologie Druck gibt es keine Aussicht auf steigende Schülerzahlen. Es besteht daher Einvernehmen mit der Kerschensteinerschule und dem Regierungspräsidium Tübingen, dem Kreistag die Auflösung des Bildungsganges vorzuschlagen.

Beim Bildungsgang Industriemechaniker an der Beruflichen Schule Münsingen wird die Mindestschülerzahl seit Jahren unterschritten, das dritte Hinweisschreiben des Regierungspräsidiums liegt vor. Daher kann das Regierungspräsidium Tübingen den Bildungsgang aufheben. Die Verwaltung geht nicht davon aus, dass mittel- und langfristig die Mindestschülerzahl dauerhaft wieder erreicht wird, auch wenn ein zusätzlicher Betrieb die Ausbildung anbieten möchte.